

Politische Absicherung für Erneuerbare

Aufträge Kantonsrat will der Förderung erneuerbarer Energien Verfassungsrang zumessen

VON CHRISTIAN VON ARX UND UELI WILD

Zu Beginn seiner zwölf Vorstösse umfassenden Energieerdebatte hat der Kantonsrat gestern drei Aufträge gutgeheissen, die in unterschiedlicher Weise auf die Förderung von erneuerbaren Energien und Massnahmen zur Energieeffizienz abzielen:

- Mit 47 gegen 45 Stimmen erklärte der Rat im zweiten Anlauf (vgl. Spalte rechts) einen **Auftrag Philipp Hadorn (SP, Gerlafingen)** erheblich, der den bisherigen Energieversorgungsartikel 117 der Solothurner Kantonsverfassung neu fokussieren will: Bisher können Kanton und Gemeinden «Massnahmen treffen zur Sicherstellung einer umweltgerechten und wirtschaftlichen Versorgung mit Energie und zu ihrer sparsamen Verwendung»; neu sollen sie insbesondere «die Nutzung von erneuerbaren Energien, die dezentrale Energieversorgung sowie den sparsamen und rationalen Energieverbrauch» fördern.

Der Regierungsrat, die Fraktionen FDP und SVP und einzelne CVP-Kantonsräte hatten dies als unnötig und nicht der Stufe Verfassung angemessen abgelehnt. Eine knappe Mehrheit

«Der Kanton Solothurn soll sich zum Solar-kanton entwickeln.»

Philipp Hadorn (SP, Gerlafingen)

aus SP, Grünen und der Mehrheit der CVP/EVP/glp-Fraktion erteilte der Regierung jedoch den Auftrag, eine solche Verfassungsbestimmung vorzulegen und so das «konstruktive Umdenken in der Energiepolitik» jetzt in der Verfassung festzuschreiben, wie Auftraggeber Hadorn sagte. Ihm schwebt vor, dass sich Solothurn zum «Solar-kanton» entwickle.



Bisher werden Hauseigentümer, die in Energieeffizienz oder erneuerbare Energien investieren, von Kanton und Gemeinden mit höheren Anschlussgebühren bestraft. Dieser krasse Widerspruch zur offiziellen Förderpolitik muss aufhören, forderte der Kantonsrat gestern mit einem Auftrag vom Regierungsrat. BKO

- Unbestritten war ein **Auftrag Roland Fürst (CVP, Gunzgen)** für die Förderung erneuerbarer Energien; er wurde ohne Gegenstimmen erheblich erklärt. Dieser Auftrag formuliert Grundsätze für die kantonalen Förderprogramme, indem er klare Kriterien und Gleichbehandlung verlangt, auf Langfristigkeit über die Globalbudgetperioden hinweg setzt und Beitragsprünge vermeiden will.

Die Regierung erachtete Fürsts Forderungen als erfüllt und wollte den Auftrag darum gleich abschreiben, was auch die Kommissionenmehrheit sowie die Fraktionen SVP, FDP und CVP/EVP/glp so sahen. Markus Schneider (SP, Solothurn) machte den Rat jedoch darauf aufmerksam, dass erheblich erklärte Aufträge ge-

mäss einer neuen, von der bürgerlichen Mehrheit im Sommer durchgesetzten Praxis nicht mehr während des Jahres abgeschrieben werden dürften, sondern erst im Folgejahr mit dem Geschäftsbericht. Der Ratspräsident stimmte Schneiders Interpretation zu, dass Abstimmungen über die Abschreibung von Aufträgen ausserhalb des Geschäftsberichts somit unzulässig seien, und übergang dementisprechend die Anträge auf Abschreibung.

- Unterstützung aus allen Lagern erhielt ein **Auftrag Irene Froelicher (glp, Lommiswil)**, der eine Änderung der Verordnung über die Grundeigentümerbeiträge und -gebühren verlangt. Bisher führen energetische Verbesserungen an Gebäuden zu ei-

ner Erhöhung der Gebäudeversicherungssumme und in der Folge unter Umständen zu Nachzahlungen von Anschlussgebühren. Das sei ein eklatanter Widerspruch dazu, dass der Kanton mit Fördergeldern die Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien in Gebäuden fördere, fanden alle Votanten und im Prinzip auch der Regierungsrat.

«Es ist nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick aussieht», gab Baudirektor Walter Straumann zu bedenken, versprach aber: «Wir werden diesen Widerspruch mit einer Revision der Grundeigentümerbeitragsverordnung im Jahr 2012 so schnell wie möglich lösen.» Der Auftrag Froelicher wurde mit grossem Mehr erheblich erklärt.

Sand im Rat

*Stichentscheid:
Wer zuletzt
lacht ...*

Gespannt wartete männiglich auf das Resultat der Abstimmung. Doch Ratspräsident **Claude Belart** (FDP, Rickenbach) liess sich Zeit. «Ha ha», lachte er schliesslich kurz auf, «es braucht einen Stichentscheid!» War er also, in der zweitletzten von ihm geleiteten Session, doch noch in die wohl ebenso gefürchtete wie insgeheim erhoffte Situation gekommen, ein Geschäft ganz allein mit seiner Stimme entscheiden zu können. Und das tat er auch ohne zu zögern: «Ich gebe den Stichentscheid zugunsten des Antrags der Regierung: Tut mir leid, das Geschäft ist abgelehnt.» Lange Gesichter bei der Ratslinken: Das war das Aus für den Auftrag des neu in den Nationalrat gewählten **Philipp Hadorn** (SP, Gerlafingen), der verlangte, die Förderung der erneuerbaren Energien in die Kantonsverfassung zu schreiben.

Oder doch nicht? Nach der Behandlung eines weiteren Vorstosses kam der Ratsvorsitzende plötzlich auf seinen Entscheid zurück: «Das Resultat lautete 48:48, das macht zusammen 96 Stimmen. Es sind aber fünf Ratsmitglieder entschuldigt und auch tatsächlich abwesend. Das kann nicht aufgehen!» In der Tat: 96 plus 5 gibt 101, aber der Kantonsrat hat nur 100 Mitglieder. Einzig logischer Schluss: Die Stimmenzähler hatten sich verzählt, das Resultat von 48:48 war falsch. Da blieb nur der Rückweg: «Wir müssen die Abstimmung wiederholen.»

Nach einigem Hin und Her – die FDP versuchte erfolglos, den Zeitpunkt der Wiederholung hinauszuschieben, weil einige Ratsmitglieder seither den Saal verlassen hätten – stimmte der Rat tatsächlich zum zweiten Mal ab. Und siehe da: Diesmal wurde der Auftrag Hadorn mit 47:45 Stimmen erheblich erklärt. Nun waren die langen Gesichter auf der rechten Seite. Nicht nur, dass es jetzt keinen Stichentscheid mehr brauchte – die Ratsmehrheit hatte auch anders entschieden als der Präsident.

Wieder einmal zeigte sich: Wer zuletzt lacht, lacht am besten. Nur, wer dieser letzte Lacher ist, ist noch längst nicht bekannt. Denn ob die erneuerbaren Energien im Kanton Solothurn tatsächlich ein Plätzchen in der Kantonsverfassung erhalten, wird der Kantonsrat nächstes Jahr ein weiteres Mal gefragt werden, wenn die Regierung auftragsgemäss einen solchen Verfassungsartikel formuliert haben wird. Und am Schluss entscheidet, wie bei uns üblich, sowieso das Volk über jedes Komma, das in seiner Verfassung geändert wird.

Kantonsratspräsident Claude Belart übrigens konnte schon in der zweiten Sitzungshälfte wieder lachen: Die knappen Mehrheitsverhältnisse in der Energiepolitik bescherten ihm nach der Pause doch noch den ersten, echten Stichentscheid seines Amtsjahres 2011 (siehe gegenüberliegende Seite). (CVA)

Nachrichten



Barbara Altermatt

BAR

Barbara Altermatt ist neue leitende Jugendanwältin

Der Kantonsrat hat Barbara Altermatt (46, Solothurn) mit 90 von 94 Stimmen zur leitenden Jugendanwältin für den Rest der Amtsperiode 2009–2013 gewählt. Vier Stimmzettel waren leer. Barbara Altermatt tritt damit die Nachfolge von Jugendanwalt Bruno Hug an, der in den Ruhestand tritt. Sie ist bereits seit 1990 als Jugendanwältin und Stellvertreterin des Stellenleiters tätig. Für die Nachfolge Hugs hatten sich vier Personen beworben, die Justizkommission unterbreitete dem Kantonsrat einen Einervorschlag mit Barbara Altermatt.

Stefan Müller und Roman S. Jäggi treten zurück

Ratspräsident Belart verlas die Demissionsschreiben von Stefan Müller (CVP, Herbetswil, Rücktritt auf Ende November) und von Roman S. Jäggi (SVP, Fulenbach, auf Ende Dezember). Müller verlässt den Kantonsrat nach sechs Jahren, weil er in den Nationalrat gewählt wurde. Jäggi gehörte dem Kantonsparlament acht Jahre an und macht die Belastung im Beruf und seine langjährige politische Tätigkeit geltend (wir berichteten).

BVG- und Stiftungsaufsicht wird verwaltungsunabhängig

Mit 90:0 Stimmen stimmte der Kantonsrat für das Einführungsgesetz über die BVG- und Stiftungsaufsicht. Damit wird die bisher als kantonales Amt im Volkswirtschaftsdepartement geführte Stiftungsaufsicht auf den 1. Januar 2012 zu einer unabhängigen Anstalt des öffentlichen Rechts mit eigener Rechtspersönlichkeit, wie vom Bundesrecht neu vorgeschrieben. Die Lösung ist befristet: Auf Anfang 2014 soll eine regionalisierte Stiftungsaufsicht gemeinsam mit dem Kanton Aargau geschaffen werden. In der Detailberatung kritisierte Markus Knellwolf (glp, Obergerlafingen) den Antrag der Justizkommission, dass die Aufsichtskommission aus drei verwaltungsunabhängigen Mitgliedern bestehen muss (und nicht aus der Departementsvorsteherin und zwei weiteren Mitgliedern). Völlig unabhängige Fachleute seien schwer zu finden, wie etwa die Nuklearaufsicht des Bundes zeige. Mit dieser Kritik blieb der Grünliberale jedoch allein.

Hoffnung für die Tramlinie ins hintere Leimental

Einstimmig genehmigte der Rat die Mehrjahresplanung öffentlicher Verkehr 2012–2015. Mehrere Sprecher kritisierten Baselland, weil es beim Doppelspurausbau Ettingen–Flüh der Tramlinie Basel–Rodersdorf nicht mitmache, weshalb das hintere Leimental nun weniger Verbindungen als bisher erhält. Baudirektor Walter Straumann hielt fest, nicht das Baselieland, sondern der Bund habe seinen Beitrag gestrichen. Für die nächste Planungsperiode stehe dieser aber in Aussicht, sodass das Leimental nach einer Durststrecke wieder mit mehr Verbindungen rechnen dürfe.



In mehreren Gemeinden (Bild: Niedergösgen) wurden dringende Schutzmassnahmen bereits realisiert – das grosse Hochwasser- und Revitalisierungsprojekt für die Aare im Niederamt folgt aber erst. AE

Ende 2012 Abstimmung übers Aareprojekt

Wasserbau Die Planung der Hochwasserschutzbauten 2012 war im Kantonsrat unbestritten – das 20-Millionen-Projekt im Niederamt kommt voraussichtlich Ende Jahr vors Volk.

Der Kantonsrat hat die Mehrjahresplanung «Wasserbau und Siedlungswasserwirtschaft 2012» einstimmig genehmigt. Sie war nicht umstritten, weil keine neuen Kredite zu bewilligen waren und weil sich an der bisherigen Planung der grossen Hochwasserschutzmassnahmen an Aare

und Emme bis 2018 nichts geändert hat.

An der Aare im Niederamt wurden Ende 2008 vorgezogene Hochwasserschutzmassnahmen im Umfang von 8,2 Mio. Franken bewilligt. In Gretzenbach, Schönenwerd und Niedergösgen werden diese bis Ende dieses Jahres abgeschlossen, im Winter 2011/12 ist der Bau von Dämmen und Mauern in Dulliken, Obergösgen und Däniken vorgesehen. Voraussichtlich Ende 2012 wird dann die Volksabstimmung über einen Kredit von etwa 20 Mio. Franken für Aufwertungen und Seitengerinne des Aarebettes im Niederamt stattfinden.